

II-6899 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

3018/AB

1992 -07- 21

zu 3092 J

Wien, am 17. Juli 1992
GZ: 10.101/257-X/A/5a/92

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

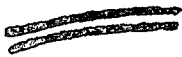
Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3092/J betreffend die Beratungen über die geplante Zusammenlegung der Straßenbau-Sondergesellschaften, welche die Abgeordneten Mag. Haupt, Probst und Haigermoser am 4. Juni 1992 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkte 1, 2 und 4 der Anfrage:

Entspricht es den Tatsachen, daß die Straßenbaureferenten der Bundesländer Kärnten und Salzburg nicht zu diesem informellen Gespräch über die geplante Zusammenlegung der Straßenbau-Sondergesellschaften eingeladen wurden und, wenn ja, aus welchen Gründen?

Republik Österreich


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Welche Ergebnisse haben diese informellen Gespräche konkret erbracht?

Welche Reformschritte sind seitens Ihres Ressorts geplant, um die Effizienz der Straßenbau-Sondergesellschaften zu heben?

Antwort:

Am 26.2.1992 wurde ein Initiativantrag betreffend ein Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßengesellschaften getroffen werden, im Parlament von den Regierungsparteien eingebracht.

Zur Vorbereitung der Behandlung dieses Antrages wurden mehrfach Gespräche innerhalb der Regierungsfraktion zu diesem Thema - auch mit Vertretern der Bundesländer - geführt.

Punkt 3 der Anfrage:

Ist in diesem Zusammenhang die Übernahme des Kärntner Reform-Modells, das durch eine wesentliche Reduktion des Personalaufwandes letztlich Einsparungen in der Höhe von öS 70 Millionen pro Jahr bewirkt hat, geplant?

Antwort:

Die positiven Auswirkungen des Kärntner Reform-Modells sind bekannt. Im Zuge der Reorganisation des Straßenwesens werden diese Erfahrungen sicher berücksichtigt werden.

Punkt 5 der Anfrage:

Entspricht es den Tatsachen, daß die Erhaltung von Bundesstraßen bislang kostengünstiger durch die einzelnen Straßenbauverwaltungen der Bundesländer erfolgt ist?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Antwort:

Die Frage kann nicht beantwortet werden, da die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaft und das Betriebskennzahlensystem der Bundesstraßenverwaltung aufgrund der derzeitigen Struktur nicht direkt vergleichbar sind.

Durch den in Punkt 1 der Anfrage angesprochenen Gesetzesentwurf soll auch in diesem Bereich eine deutliche Kostensenkung erreicht werden.

Punkt 6 der Anfrage:

Wie hoch waren die Kosten für die Erhaltung der Bundesstraßen A und B (aufgeschlüsselt nach Straßenbau-Sondergesellschaften und Bundesländer) im vergangenen Jahr?

Antwort:

Nachstehende Angaben beziehen sich auf die Bereiche betriebliche und bauliche Erhaltung:

<u>Straßensondergesellschaften (1991)</u>		in Mio. S
PAG	Oberösterreich	7,0
	Steiermark	242,7
TAAG	Salzburg	311,7
	Kärnten	103,9
ASTAG	Tirol	87,9
	Vorarlberg	53,8
BAAG	Tirol	506,8

Republik Österreich


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

Bundesstraßenverwaltung (1991)

in Mio. S

Wien	305,0
Niederösterreich	1.376,0
Burgenland	272,0
Oberösterreich	708,0
Salzburg	463,0
Steiermark	739,0
Kärnten	507,0
Tirol	474,0
Vorarlberg	140,0

Punkte 7 und 8 der Anfrage:

Welche Maßnahmen werden seitens Ihres Ressorts gesetzt, um "Parallelstrukturen" (Bundesstraßen B/Länder; Bundesstraßen A und S/Straßenbau-Sondergesellschaften) in Hinkunft zu vermeiden?

Ist im Zusammenhang mit der geplanten Kompetenzneuregelung vorgesehen, die Zuständigkeit für Bundesstraßen B den Ländern zu übertragen?

Antwort:

Im Rahmen der Beratungen über den Gesetzesentwurf werden auch Überlegungen angestellt, die Bundesstraßen B in den Kompetenzbereich der Länder zu übertragen und alle Bundesstraßen A und S durch eine neu zu schaffende Straßen-Sondergesellschaft zu verwalten. Damit können die zitierten "Parallelstrukturen" vermieden werden.

